

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Oldenburgische Volkszeitung
1919**

140 (21.6.1919)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-83604](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-83604)

Oldenburgische Volkszeitung

Tageszeitung für das Herzogtum Oldenburg.

Die Oldenburgische Volkszeitung (Wochtaier Zeitung, Dammer Nachrichten), Zentrumsorgan, erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 3.45 Mark, durch die Post frei ins Haus 3.87 Mark; zweimonatlich 2.30 Mark, durch die Post frei ins Haus 2.68 Mark; einmonatlich 1.15 Mark, durch die Post frei ins Haus 1.29 Mark. Einzelnummern 10 Pf. Probennummern acht Tage gratis und franco.



Der Anzeigenpreis beträgt bei Anzeigen aus dem Herzogtum 20 Pfennig für die einfache Zeitspaltzeile oder deren Raum, bei solchen aus anderen Gegenden 25 Pfennig, für die Restspaltzeile 75 Pf. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Annahme bis 9 Uhr vormittags. Größere Anzeigen sind stets tags zuvor einzuliefern. Telephonische Anzeigenannahme schließt jedes Reklamationsrecht aus.

Am Halle von Werner Groll, Streif, Sperr, Kupferweg, Wöhlmannstr., Ketteidstr. in unserem eigenen Vertriebs- oder deren anderer Vertriebsstellen haben der Bezugs- und Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verpachtet, in beschränkter Umlauf oder nicht erscheint.

Nr. 140. Fernsprecher: Redaktion (5), Geschäftsstelle Nr. 5, Postfach-Konto: Hannover 7908. **Wochta, Sonnabend, 21. Juni 1919.** Zweiggeschäftsstelle in Oldenburg: W. Barmann, Adelstraße 51. Fernsprecher 1082. 86. Jahrgang.

Rücktritt des Kabinetts Scheidemann. Die Mehrheit der Nationalversammlung für Unterzeichnung?

Der Rücktritt des Kabinetts.

WTB. Weimar, 20. Juni, 11 Uhr morgens. (Drahtb.) Das Kabinett ist heute zurückgetreten. Es wird die Geschäfte vorläufig weiterführen, bis der Reichspräsident ein neues Kabinett ernannt hat.

WTB. Weimar, 19. Juni. Das Kabinett beschloß sich gestern in Gemeindefamkeit mit den Mitgliedern der Friedensdelegation in einer viertägigen Generaldebatte mit den Gegenüberstehenden der Entente. Das Urteil der Regierung änderte sich seit der Ergänzung der Mandatsliste durch das inzwischen eingetroffene Memorandum nicht. Sie steht auch ihm gegenüber auf dem Standpunkte: Innerhalb und anerkannt. Seine endgültige Stellungnahme wird heute nach der Besprechung der einzelnen Reichsminister mit ihren Fraktionen und den einzelstaatlichen Ministern erfolgen.

Aus den Fraktionen.

TU. Weimar, 19. Juni. Der Neuen Ver. 'Sg.' wird von hier berichtet, daß man sich vorläufig noch mit der Herr von Payer angelegentlich und von anderen Parteiführern modifizieren über beschloß, monach die Stillstandslösung erreicht wäre, die Friedensbedingungen anzunehmen, wenn die Entente auf die Auslieferung des Kaisers verzichte und für Westpreußen eine Volksabstimmung zugestanden werde. Ob aber bei den Parteien diese Anregung durchdringen wird, ist unklar. Die Mehrheitsfraktionen stehen der Anregung skeptisch gegenüber. Man nimmt an, daß die Entente sich nach dem Ultimatum auf nichts einlassen werde. Die Unabgängigen lehnen die Beratungen gänzlich ab. Weiter steht es fest, daß die gegenwärtige Friedensdelegation auf keinen Fall unterzeichnen werde. Man dürfe auf eine Entschloßung des Grafen Brodowicz-Ramkau wahrhaftig durch den Grafen Bernstorff rechnen, der dann nach Versailles gehen werde. Was die Kombination des neuen Kabinetts unter dem Vorh. von Hermann Müller, Erzberger oder Koske anbetrifft, so scheint Freiherr von Richthofen die erste Anwartschaft auf den Posten des Außenministers zu haben.

Berlin, 19. Juni. Einen Schluß auf den Ausgang der entscheidenden Abstimmung im Plenum der Nationalversammlung läßt die bisherige Haltung der Parteien nicht zu. Für die Unterzeichnung würden stimmen 20 U. S., etwa 90 Mehrheitsfraktionen, 50 Zentrumsteile und einige Demokraten, insgesamt etwa 170; gegen die Unterzeichnung die beiden Rechtsparteien, etwa 60 Demokraten, etwa 40 Mehrheitsfraktionen und 20 Zentrumsteile, also rund 180. Dieses Verhältnis unterliegt natürlich ständigen Schwankungen. Daß es sich bereits zugunsten der Annahme des Friedensvertrages verschoben hat, dafür spricht die inzwischen fast gänzlich gebildete Kabinettsliste.

× Weimar, 19. Juni. Unter den Abgeordneten der Nationalversammlung macht sich gegenwärtig ein gewisser Stimmungsumschwung bemerkbar. Während die Mehrheitsfraktionen bei ihrer Probabstimmung am Nachmittag mit etwa Zweidrittel-Mehrheit bei 109 Anwesenden sich für die Annahme ausgesprochen haben, haben die Demokraten bei einer ähnlichen Abstimmung unter 65 Anwesenden nur einen unter sich gehabt, der sich für die Annahme ausgesprochen hat. Auch der Antrag auf bedingte Annahme fand nur acht Stimmen. Die Anregung für die bedingte Annahme stammt aus den Kreisen des Zentrums, das sich in seiner heutigen Fraktionsfassung mit großer Mehrheit für die Annahme des Friedensvertrages unter folgenden Bedingungen ausgesprochen hat:

- 1) Keine Auslieferung der von der Entente beschuldigten Personen;
2) sofortige Aufnahme in den Völkerverbund;
3) Der Korridor nach Danzig bleibt deutsch.

Man erhofft von einer solchen Formel, daß die Entente nicht den moralischen Mut findet, abzulehnen, was praktisch eine Ablehnung ihres letzten Wortes bedeutet, das dem deutschen Volk aus neuer mit einer Gesamtheit zu übergeben. Die Formel liegt bereits den Mehrheitsfraktionen vor und wird bei ihnen nun wohl auf eine günstige Aufnahme rechnen können als sie bisher bei den Demokraten gefunden hat. An der Stellung der

Rechten würde eine solche Formel nichts ändern. Es ist kein Zweifel, daß die Deutsch-nationale Volkspartei und auch die Deutsche Volkspartei aus einem solch gemilderten Frieden noch immer als unangeheuerlich ablehnen würden.

TU. Berlin, 19. Juni. Die sozialdemokratische Fraktion der preussischen Landesversammlung sprach sich in ihrer Fraktionsfassung am Donnerstag abend für die Unterzeichnung des Friedensvertrages aus.

WTB. Berlin, 20. Juni. (Drahtb.) Die demokratische Fraktion legt dem Abgeordneten Herrn von Richthofen, wie mehrere Blätter melden, den Antrag aus der Fraktion nahe, weil er zu denjenigen der Abgeordneten gehöre, die für glatte Annahme der Bedingungen sind. 53 Abgeordnete der demokratischen Fraktion stimmten dafür, daß man den Weg des zum Zentrum empfohlenen Kompromisses beschreiten könne. Die Deutsche Volkspartei und die Deutsch-nationale Volkspartei würden auch, wie berichtet wird, einen so modifizierten Frieden als immer noch unangeheuer ablehnen.

Nach einer Weimarer Meldung der 'Weser-Sig.' vom 20. Juni, 1 Uhr früh, begann um 11 Uhr abends eine neue Fraktionsfassung der Demokraten. Zunächst hörte man, daß sie nur statifände, weil die bisherige Haltung des Zentrums und der Sozialdemokraten eine Kabiristritis nicht mehr verzeihen lasse. Die gleichzeitige statifandene Fraktionsfassung der Sozialdemokraten wurde aber bald abgebrochen. Eine interfraktionelle Besprechung zwischen Zentrum und Sozialdemokraten setzte ein, in der einerseits das Zentrum verfuhrte, die Sozialdemokraten von der Notwendigkeit des Kompromißstandpunktes zu überzeugen, andererseits die Sozialdemokraten das Zentrum veranlassen wollten, unter Ablehnung des von ihnen gestellten Kompromisses das Ja der Sozialdemokraten zu unterstützen. Die Fraktionsfassung der Demokraten wurde um 12 1/2 Uhr abgebrochen, da die Minister in das Kabinett müßten und die Parteiführer zur Sitzung des Zentrums und der Sozialdemokraten gehen wollten. Lieber die Sitzung wurde strengstens Stillschweigen bewahrt. Es ist sehr wahrscheinlich, daß neue Kompromißentwürfe vorliegen. Von Seiten der Demokraten wird berichtet, daß ein Umsatz oder ein Abweichen von dem abendigen Beschluß der Ablehnung nicht stattgefunden hat. Die Futur, daß der Kompromißgedanke aber auch hier fest, ist nicht von der Hand zu weisen. In allen Fraktionsgruppen wurde auch erörtert, daß der Reichspräsident zurücktreten wird, weil er im Augenblick die Lage für so kritisch hält, daß eine Kabinettsbildung überhaupt nicht möglich ist. Es ist anzunehmen, daß die weiteren Sitzungen im Kabinett und interfraktionellen Austausch Klarheit schaffen. Eine endgültige Lösung ist vielleicht erst am Freitag mittag zu erwarten.

Der Zentralrat für Unterzeichnung.

WTB. Berlin, 20. Juni. (Drahtb.) Der Zentralrat der Deutschen sozialistischen Republik tritt im 'Vorwärts' für Unterzeichnung des Vertrages ein. Es werde niemanden in Deutschland geben, dem das 'Ja' wie das 'Nein' nicht wie ein riesenstümmes, schredendes Wort erscheine. Jetzt aber soll es nicht mehr ausgesprochen werden, und der Zentralrat hält es für seine Pflicht, auszusprechen, daß die Unterzeichnung als ein Verlust der Zwangslage erfolgen muß. Gleichzeitig mit der Erklärung des Zentralrats veröffentlichte der 'Vorwärts' einen Artikel von Erwin Barth, in dem mit Wärme die Volksabstimmung gefordert wird, weil zu glauben sei, daß für diese Lösung im deutschen Volk wie in den Kreisen der politischen Führer ein überwältigende Mehrheit und eine große Geschlossenheit erreicht werden könne.

Das Gutachten der Sachverständigen.

WTB. Berlin, 19. Juni. Die zur Prüfung der Entente-Antwort auf unsere Gegenüberstehungen aus allen Kreisen des deutschen Wirtschaftslebens, aus den Fabriken und den deutschen Grenzgebieten, und aus dem Ausland zusammenberufenen Sachverständigen haben in mehreren Unterausschüssen den ganzen gestrigen Tag bis spät nachts die gesamte Materie durchgesehen und das Ergebnis dieser Beratungen in formulierten Vorschlägen niedergelegt, die den heute wieder zusammengetretenen Vollkommissionen der Sachverständigen als Referat unterbreitet sind. Wie wir hören, bleiben die Beschlüsse dieser Vollkommission ein

mütig bei dem Ergebnis, daß die in der Antwort der Entente enthaltenen Zugeständnisse nicht genehmigt sind, das auf Grund der früheren Beratungen erlassene Motum über die Innerfüllbarkeit bezw. Unannehmbarkeit des Ententevorschlages wesentlich zu modifizieren.

Die 'Köln. Zig.' für Unterzeichnen.

WTB. Köln, 19. Juni. Hinsichtlich der Erregung über die Unterzeichnung der Friedensbedingungen schreibt die 'K. Z.' u. a.: Selbst wenn die Autoritäten, denen wir vertrauen müssen, zu der Unterzeichnung kommen, daß wir nicht unterzeichnen sollen, so verlangt trotzdem das über allen andern Ermägungen stehende Gebot, Deutschland zu erhalten, daß wir unterzeichnen. Nie ist in der Geschichte der Völker nach so verzweifeltstem Ringen wie das hinter uns liegende ein Friede ohne Vorbehalt zum Einpruch unterzeichnet worden. Wir können auch deshalb hier offen die Wahrheit sagen und betonen, daß nach gewissenhaftem Erwägen aller Wahrscheinlichkeiten menschlichem Ermessen gemäß die Aufträge des Gegners nicht zu erfüllen sind, daß wir aber unterzeichnen in dem aufrechten Bemühen, den Bedingungen gerecht zu werden, weil wir nur darin für uns die Möglichkeit sehen, Deutschland zu werksfähigem Leben zu erhalten. Oder gibt es einen anderen Ausweg? Wir glauben nicht. Man möge sich doch drücken im unbestritten Gebiet nicht wider deutschen Träumen hingeben, aus denen man nur mit fürchterlicher Enttäuschung erwachen würde.

Die 'Deutsche Allg. Zig.' für Ablehnung.

WTB. Berlin, 20. Juni. (Drahtb.) In der 'Allg. Allg. Zig.' wird gleichfalls an die Stimme des Volkes appelliert und gesagt: Hat schon jemand danach gefragt, was die Entente in ihrem Entzorn über die sofortige Zufuhr von Lebensmitteln zu erschwinglichen Preisen zugesichert habe für den Fall, daß wir unterzeichnen? Das ist sehr geringes. Wohl liegen, so heißt es weiter, große Vorräte bereit zur Zufuhr. Wo steht geschrieben, daß unsere Gefangenen sofort nach der Unterzeichnung die Heimreise offenbleiben wird? Die Stimme des Volkes wird und muß zum Ausdruck bringen, daß wir trotz allem stark genug sind, die im Interesse unserer Zukunft einzig mögliche ablehnende Antwort zu geben.

Die Vormarschvorbereitungen der Feinde.

TU. Frankfurt a. M., 19. Juni. Nach Pariser Meldungen werden die alliierten Truppen am Dienstag bei Tagesanbruch ihren Vormarsch gegen Osten beginnen, falls der Friedensvertrag nicht unterzeichnet wird. Die Fabrik von Krupp in Essen wird am Dienstag von den Engländern besetzt, und die Amerikaner werden von Koblenz aus vorrücken. Am gleichen Tage würden die Franzosen von Straßburg aus über die Kölner Brücke 20 Kilometer vorrücken.

TU. Mannheim, 19. Juni. Nach einer Meldung des 'General-Anz.' haben gestern vormittag auf allen Zufahrtsstraßen nach Ludwigshafen unangelegte Truppenbewegungen stattgefunden; teilweise sind sie in Ludwigshafen einmarschiert. An Stelle der schwarzen Truppen im Mannheimer Hafen sind weiße Franzosen getreten. Bei einem in der Stadt abgeschlossenen Generalappell haben sämtliche wehrfähigen Männer des Bezirks Wiesbaden sich zu stellen.

Frankfurt a. M., 19. Juni. Infolge des Umstandes, daß die Franzosen unterhalb Höchst einige Schiffbrücken an den Main geschlagen haben, um dadurch den Transport ihrer Truppen beschleunigen zu können, ist für Frankfurt die Kohlenzufuhr unterbrochen, sodas der Gas- und Stromverbrauch und der Straßenbahnverkehr stark gefährdet sind.

Weimar, 19. Juni. Aus Köln wird gemeldet, daß die Stimmung unter den alliierten Verbandsgruppen sehr gehoben ist, angeblich, weil die Hoffnung auf einen Spätzug nach Berlin besteht.

Weimar, 19. Juni. Für den Einmarsch rechnet die französische Heeresleitung auf die jüngsten Jahrgänge und natürlich auf die Schwärmer. Die besonders kriegerischen älteren und verheirateten Leute kommen hierfür nicht in Frage.

Amsterdam, 19. Juni. Der 'N. N. C.' meldet aus Brüssel, daß die belgischen Truppen-

pen-Transporte nach dem innschweizerischen Deutschland bereits in vollem Gange sind. Die Truppen werden in Sonderzügen bis nach Gedrech, wo sie weitere Anfraktionen empfangen.

Köln, 19. Juni. Heute morgen zogen starke englische Truppenente von der linken nach der rechten Rheinseite an die Grenze des Kölner Brückenkopfes, um sich zum Einmarsch in das unbesetzte Gebiet bereit zu halten. Der Straßenbahnverkehr war aus diesem Grunde bis 1 1/2 Uhr unterbrochen, und auch die Frontleuchtungsprojektion mußte ausfallen und durch eine Feuer im Dom ersetzt werden.

Italien.

Rücktritt des italienischen Kabinetts.

WTB. Rom, 19. Juni. (Drahtb.) Infolge Mißtrauensvotums der Kammer ist das italienische Kabinett zurückgetreten.

China.

Rücktritt des chinesischen Ministerpräsidenten.

WTB. Peking, 19. Juni. (Drahtb.) Der Rücktritt des Premierministers ist angenommen worden. Der Finanzminister führt die Geschäfte als stellvertretender Ministerpräsident. Die japanisch-feindliche Bewegung hält im ganzen Lande an.

Beschiedene Nachrichten.

Der Gesandte der Ukraine beim H. Stuhl.

Beset 17. Juni. Wie bereits kurz mitgeteilt, hat die Regierung der Ukraine den Grafen Michael Truzkiewicz als außerordentlichen Gesandten beim Heiligen Stuhl beauftragt. Derselbe gehört einer schon seit fünf Jahrhunderten in der Ukraine ansässigen Familie an, die hervorragende Dienste auf politischem Gebiete leistete, und die sich stets lebhaft für die religiöse Vereinigung der russischen Länder bemüht hat. Das berühmte Kloster Laura bei Kijew wurde auf Kosten der Truzkiewicz erbaut, die in ihrer Eigenschaft als hohe Amtspersonen oftmals mit der diplomatischen Vertretung der Ukraine in deren Beziehungen zu Litauen, Polen und Rußland betraut worden sind.

Der neue Gesandte gründete 1906 die autonomistische Partei, die er, trotz des konservativen Charakters seiner Organisatoren, auf demokratischer Grundlage aufbaute, wobei sich die Mitglieder der Gruppe verpersönlichten, eine Teilung der Grundstücke zugunsten der Bauern vorzunehmen, aber, enttäuscht über die sich ordnenden reaktionären Elemente, rief er 1909 in Kijew den Friedensverein ins Leben, den ersten dieser Art in Rußland, um den sich die liberalen Elemente scharten. Seit Beginn des Weltkrieges in der Schweiz sich Tätigkeit in den Dienst der Verteidigung seine ganze Aufmerksamkeit widmete, während der unterdrückten Völkerschaften Rußlands, vornehmlich aber der Ukraine und Litauens, aus der seine Familie herkam. Aus seiner dem römischen Mitarbeiter der Italia gewählten Unterredung haben wir folgendes hervor:

'Der manderle Erinnerung', so hub der Graf an, verknüpfen im Lauf der Zeiten die Ukraine mit Italien, aber vor allen Dingen ist es die gemaltige Kraft des religiösen Faktors, die unsere Blicke am häufigsten auf Rom hinlenkt. Schon im Jahre 1439 nahm der Metropoliten Jfidor von Kijew an dem Unionsvertrag teil, der in Florenz unterzeichnet, aber in Moskau zurückgewiesen wurde. Versuche, die Union herbeizuführen, wurden von Metropoliten und Bischöfen wiederholt unternommen, aber sie waren infolge der Feindschaften und Verfolgungspolitik der Polen gegen uns nicht von Erfolg gekrönt. Viele Missionen kamen heute noch fort, wovon die 200 Priester ein berühmtes Zeugnis abgeben, die inhaft im Konzentrationlager interniert wurden. Demunter befinden sich auch der Erzbischof von Gomborg, Mgr. Szepienicki, und der Bischof von Ternopol, die beschuldigt sind, in unmandelbarer Treue zu ihrem russischen Vaterlande zu stehen.

Die Katholiken haben heute die Zahl von einer Million erreicht, während die Ukrainern sich in Galizien auf ungefähr fünf Millionen befaßen

an der ganzen Ukraine macht die Vereinigungsbewegung große Fortschritte. In Kiew ist schon eine untere Kirche entstanden. Bemerkenswert ist, daß der große Sibirier und ukrainische Patriarch Hruschak im Jahre 1906 mittels Rundschreiben den orthodoxen Klerus einlud, sich mit Rom zu vereinigen, und heute haben sich in einer Versammlung von 55 orthodoxen Geistlichen 54 bereit erklärt, in den Schoß der römischen Kirche zurückzukehren.

Graf Saszewicz erklärte, er habe gekannt, wie der Papst über die Angelegenheiten seines Vaterlandes unterrichtet gewesen sei, er habe dessen weiten Blick bewundert und er sei sicher, daß Benedikt XV. das glorreiche Pontifikat des XIII. fortführen werde, dessen weitgehende Ideen in der Frage der orientalischen Kirche von ihm geteilt werden, auch sei er überzeugt, daß große Hoffnungen für die katholische Kirche in der Ukraine in Erfüllung gehen würden.

Die Amerikaner verbrennen ihr Kriegsmaterial.

Verfaßtes, 18. Juni. Die Pariser Wäfler beschäftigen sich mit einer seltsamen Angelegenheit. In der Nähe von Bordeaux haben die Amerikaner ein enormes Lager von Automobilen eingebracht. Diese Automobile sollen zum Teil noch gebraucht werden, abgeben von einigen Zehnteln, auch privaten Abnehmern, die sich zahlreich melden, den Kauf verbieten. Daraus haben die Amerikaner eine Negertuppe kurierend den Auftrag erteilt, den ganzen Autoпарк in Brand zu stecken. Der Befehl ist zum Teil in solchem Umfange ausgeführt worden, daß sich die gesamte benachbarte Bevölkerung über den unerhörten Brandgeruch beschwert hat. Nach den heutigen Plänen soll von amerikanischen Seite dieser Befehl als ein Mißverständniß bezeichnet werden sein. Tatsache ist jedoch, daß die Amerikaner nicht wissen, was sie mit dem angekauften Kriegsmaterial beginnen sollen, das sie nicht wieder nach Amerika zurücknehmen können, während die französische Regierung wahrscheinlich aus wirtschaftlichen Konkurrenzrücksichten das Material zu den geforderten Preisen nicht übernehmen will. Diese Angelegenheit wirkt ein erhebliches Eindeutsches Reich.

Deutsches Reich.

Eine Tagung des westfälischen Bauernvereins.

Am letzten Montag fand in Essen an der Ruhr eine Bezirksversammlung des westfälischen Bauernvereins unter dem Vorsitz des Vorsitzers Frh. Eickenstein-Strag statt, welche von Landwirten aus den Kreisen Essen, Saffingen, Bochum, Osnabrück, Dortmund zahlreich besucht war. In erster Stelle sprach der Präsident des westfälischen Bauernvereins Herr von Kerkerind zur Vorgeschichte über landwirtschaftliche Organisationsfragen. In glänzender Rede erörterte er die Notwendigkeit strenger Zusammenfassungen der Landwirte in dieser ersten Zeit, wo nur Massenorganisationen etwas erreichen können, und ermahnte, wo durch die Kräfte gespart werden und die Gefahr einer gegenseitigen Befehdung herabgeschworen werde. Es gälte die bestehenden Organisationen, vor allen den Bauernvereinen, aufzubauen und zu kräftigen; er müsse wie bisher, so auch in der Zukunft an wirtschaftspolitischen Gelingen beständig nachgehen, Hauptaufgabe der Zukunft sei es, daß die Landwirtschaft in denjenigen politischen Parteien eine entsprechende Anzahl Vertreter in den Parlamenten erhalte. Im Anschluß daran sprach der Justizrat des westfälischen Bauernvereins, Rechtsanwalt Dr. Reineke, Mitglied der preussischen Landesversammlung, über die wirtschaftspolitische Lage. Des näheren ging er ein auf die Finanzlage im Reich und in Preußen, von der er unter Anführung reichen statistischen Materials ein trübes Bild entwarf.

Die preussische Landesversammlung.

hat sich am Dienstag zum ersten Mal nach den Pfingstferien wieder versammelt. Vizepräsident Dr. Pörsch ist erfreulichweise wieder soweit hergestellt, daß er an den parlamentarischen Arbeiten teilnehmen und die Präsidialgeschäfte in der Landesversammlung führen kann. Erst kamen 9 kurze Anfragen, die gestellt und beantwortet wurden, darunter auch die Anfrage des Zentrumsabgeordneten Koy über die Tätigkeit der Zentralstelle für Heimabhilfe. Die schon des öfteren berechtigten Anklagen hervorgerufen, weil sie manchmal sich allzu sehr als sozialdemokratische Propagandaorgane gibt. Von der Regierung wurde auf das Reich als die erste zuständige Stelle hingewiesen, die gegen die katholische Kirche gerichtete Angriffe aber derart. Der Zentrumsabgeordnete Allengor setzte sich für den bedrängten Mittelstand ein. Zum Schluß nahm noch der Reichsernährungsminister Schmidt die Aussprache über Handel und Landwirtschaft wahr, am sich gegen die Vermächte zu verteidigen, die wegen der von ihm dem brandenburgischen Landtag erteilten Antwort gegen ihn gerichtet worden sind. Er nahm nichts zurück von dem, was er den Herren gesagt hatte und vertat nochmal seine Ansicht und seine Überzeugung in der Frage der Zentrumsabfrage. Wegen die Ordnung des Landtages, dem 1. Aug. die Abfertigung von Schmittmännern angestrichen, stellte er die Drohung scharfer Maßnahmen, gab zugleich aber auch seiner Erwartung Ausdruck, daß die verdrängten Landwirte mit ihm in der Verteilung eines solchen Streiks einig seien — und von der Rechten wurde ihm zugestimmt. Am Mittwoch werden weitere Anträge beraten.

Reichswirtschaftsministerium und Kohlenpreiserhöhung.

Nachdem das Rheinisch-westfälische Kohlenyndikat trotz des Widerpruchs des Reichswirtschaftsministers seine Verkaufspreise mit Wirkung ab 15. Juni um 10 Mk. für Kohle und 15 Mark für Koks erhöht hatte, hat der Reichswirtschaftsminister auf Grund einer Kabinettsentscheidung am 16. Juni eine Höchstpreisverordnung erlassen. Danach dürfen die am 1. Juni in Geltung gewesenen Verkaufspreise vom Rheinisch-westfälischen Kohlenyndikat und sonstigen Gesechtern des Ruhrreviers nur um höchstens 5 Mk. für die Tonne Steinkohle und um 7 Mk. für die Tonne Koks (ohne Steuer) überschritten werden. Der Reichswirtschaftsminister bat seine Zulage für eine Preiserhöhung von vornherein an die Bedingung einer entsprechenden Lohnerhöhung geknüpft. Die nun genehmigten Preiserhöhungen, sind, wie mitgeteilt wird, so bemessen, daß sie den Sechsbessern bei der jetzigen Förderleistung ermöglichen, den Bergarbeitern eine Lohnzulage von 2 Mk. bis 2.50 Mk. für Mann und Schicht zu gewähren. Die gleichen Bedingungen sind auch den übrigen Steinkohlenrevieren auferlegt worden.

Titel und Adel im Verfassungsauspruch.

Weimar, 17. Juni. Ein sozialdemokratischer Antrag verlangte im Verfassungsauspruch der Nationalversammlung, daß Orden und Ehrenzeichen nicht mehr verliehen werden dürfen. Dem wird nicht stattgegeben; ebenso wird der Antrag des Unabhängigen Gohn, den Adel abzuschaffen, nicht angenommen. Dagegen gelangte zur Annahme ein demotokratischer Antrag, der bestimmt: „Adelsittel gelten nur als Titel des Namens und dürfen nicht mehr verliehen werden.“ Die grundsätzliche Frage der Titel wurde nach einem Antrag des Demokraten Koch dahin entschieden: „Titel dürfen nur verliehen werden, wenn sie ein Amt oder einen Beruf bezeichnen. Adelsmäßige Grade werden davon nicht betroffen.“

Generalstreik im Waldenburger Industriegebiet.

WTB. Waldenburg (Schlesien), 19. Juni. (Draht.) Die Bergleute des Waldenburger Industriebezirks sind heute wegen Lohnforderungen in den Generalstreik getreten.

Oldenburg.

§ 94 der Verfassung und der Gemeindebund Langförden.

Wir erhalten folgende Zuschrift vom Vorstande des Gemeindebundes Langförden:

Was vor kurzem noch unmöglich schien, ist Tatsache geworden: Der Antrag § 94 zur zweiten Lesung des Verfassungsentwurfs: „Die Wahlen zu dem ersten auf Grund dieser Verfassung zu wählenden Landtage müssen spätestens am 1. November 1919 vorgenommen werden“ ist abgelehnt worden. Für den Antrag stimmten nur die Abgeordneten der Deutschen Volkspartei: Kofke, Müller, Schröder, Dornemann, Dohn und der Zentrumsabgeordnete Emsenig, alle anderen dagegen. Bei der Abstimmung zu den Wahlen für die verfassunggebende Landesversammlung ist auf jeder Versammlung den Wählern versprochen worden, daß die vorgeschlagene Abgeordnetenliste nur für die verfassunggebende Landesversammlung gemächt werden, nach Schluß der Versammlung ist ihr Mandat zu Ende. Da wirtschaftliche Interessen nicht in Frage kämen, müßten die Landwirte, deren Interessen offensichtlich nicht gewahrt wären, sich dem großen Ganzen unterordnen. Das ist uns von der Parteileitung versprochen und auch von den Kandidaten; wir müßten daher mit Recht erwarten, daß die Herren ihr Wort hielten, denn ein großes Versprechen ist ein großes Versprechen — und nun diese Enttäuschung! Wie nannte man doch früher eine einseitige Regierungsaktion der Furchen? Schredlich klingt es, zu sagen: „Absolutismus! Ist obiger Beschluß als Regierungsakt etwas anderes, wenn man die Rollen vertauscht?“

Unseres Erachtens gibt es nur eine Möglichkeit, daß das Volk seine Souveränität wahr: die Volksabstimmung. Die Landesversammlung des Oldenburger Landtages hat sich bereits einstimmig dahin ausgesprochen, daß die Aufgabe der verfassunggebenden Landesversammlung mit der Erledigung der Verfassung beendet sei und dann Neuwahlen stattfinden müssen. Setzt man der Landtag, der die Wahrung der Interessen der Landbevölkerung sich zur hohen Aufgabe gemacht hat, die Sache in die Hand nehmen. Verlagt er hier, so hat er die erste Beistandungsprobe nicht bestanden.

Zunächst wollen wir einige allgemeine Bemerkungen anfügen, um dann unseren Standpunkt der Zuschrift gegenüber darzustellen:

1. Der Oldenburger Landtag trat in einer Eingabe an den Landtag für Neuwahlen ein. Der letzte Absatz der Eingabe heißt aber folgendermaßen:

„Mit einer Weiterlegung als Landtag für eine beschränkte Zeit würde der D. L. B. sich aus Zweckmäßigkeitsgründen einverstanden erklären können, weil noch manche Gesetze verabschiedet werden müssen, die mit der Verfassung in engem Zusammenhang stehen.“

2. Der Antrag der Deutschen Volkspartei zur zweiten Lesung lautet:

„Die Wahlen für den ersten auf Grund dieser Verfassung zu wählenden Landtag müssen spätestens am 1. November 1919 vorgenommen werden.“ Bis zum Wahltag besteht die Landesversammlung auch nach Annahme der Verfassung als ordentlicher Landtag mit allen einem solchen zustehenden Rechten und Pflichten weiter.“

In der Forderung nach Neuwahlen sind die Beistandungs gleich. Bezeichnet man aber den letzten

Absatz der Landtags-Eingabe mit dem Antrag der Deutschen Volkspartei, so ergibt sich eine große Widerscheinheit. Die Landtags-Eingabe macht die Neuwahlen abhängig von der Erledigung von Gesetzen, die aus der neuen Verfassung sich ergeben, während der Antrag der Deutschen Volkspartei darauf gar keine Rücksicht nimmt und zum 1. November 1919 Neuwahlen fordert.

Wir hätten verheßen können, wenn die Landtags-Eingabe bezug auf den Vorstand des Ortsgruppe des Oldenburger Landtages — dem Südoberburger Landtag gehört der Gemeindebund Langförden nicht an —, falls er es für richtig hält, sich für die Eingabe des Oldenburger Landtages erklärt hätte. Es lag für ihn aber doch keine Veranlassung vor, über die Landtags-Eingabe hinaus für den Antrag der Deutschen Volkspartei einzutreten. Wer sich auf den Boden der Eingabe des Oldenburger Landtages stellt, muß zugeben, daß der Antrag der Deutschen Volkspartei völlig undurchführbar ist. Es ist doch ganz unmöglich, die Gesetze, die sich aus der Verfassung ergeben — man denke u. a. an die neue Gemeindeverordnungen und die Revision des Schulgesetzes, um nur einige der wichtigsten Gesetze zu nennen — zu erledigen und bis 1. November 1919 Neuwahlen durchzuführen. Die Landesversammlung wird jetzt geschlossen werden. Sie müßte dagegen den ganzen Sommer tagen, um die wichtigsten Gesetze, die mit der Verfassung in engem Zusammenhang stehen, zu erledigen. Selbst wenn die Tagung an sich möglich wäre, würde es an der Tatsache scheitern, daß die Entwürfe zu diesen Gesetzen gar nicht fertig sind. Ob sie schon in Vorbereitung sind, wissen wir nicht, doch ihre Vorbereitung bei der Wichtigkeit der Materie eine ganz geraume Zeit in Anspruch nehmen wird angeht die Überlastung der Ministerien mit laufenden Geschäften ist klar. Auch aus diesem Grunde schon ist der Antrag der Deutschen Volkspartei, unter Berücksichtigung der Landtags-Eingabe betrachtet, undurchführbar.

Was hat nun der Landtag bisher beschlossen? Er hat den Antrag der Deutschen Volkspartei als unerfüllbar — was dargelegt — abgelehnt. Er hat sich weiter die Besignis ausgesprochen, sich für einen Teil einer Wahlperiode oder für die ganze Wahlperiode als ordentlichen Landtag einzusetzen zu können. Der Landtag hat noch keinen Beschluß gefaßt, wie lange er sich als Landtag einzusetzen gedenkt. Dieser Beschluß muß noch gefaßt werden. Wird dem, was der Landtag bis jetzt beschlossen hat, steht er also noch völlig auf dem Boden der Landtags-Eingabe.

Die obige Zuschrift steht dagegen nicht auf dem Boden der Landtags-Eingabe, sondern auf dem Boden des Antrages der Deutschen Volkspartei.

Nun zur Sache selbst. Gewiß hat man vor der Wahl geglaubt, daß die Landesversammlung mit der Erledigung der Verfassung zu Ende sei. Auch wir haben in der Zeitung verschiedentlich darauf hingewiesen. Nach dem Beispiel früherer Nationalversammlungen glaubte man auch die Aufgabe der verfassunggebenden Landesversammlung mit der Schaffung der neuen Verfassung erledigt. Die Verhältnisse sind aber wesentlich andere geworden, so daß nach unserer Kenntnis sowohl im Reich als auch in Preußen, abgesehen von den Nationalparlamenten, die Konstituierung der Verfassung für eine ganz Wahlperiode bestimmt in Aussicht steht. Die Gründe, die dort maßgebend sind, sind es teilweise in noch verstärktem Maße auch hier. Die bestehende Wahlmüdigkeit kann zunächst wohl niemand bestreiten. Weiter wird ein jetzt oder in naher Zukunft eintretender Wahlkampf unser ganzes politisches Leben, das so sehr der Ruhe und Klärung bedarf, von neuem bis ins Innere aufwühlen; auch unsern Wirtschaftsebenen würde ein Wahlkampf nicht die Ruhe geben, die zum Wiederaufbau nötig ist. Außerdem kann ein jetzt einsetzender Wahlkampf Ereignisse im Gefolge haben, die durch den aufsteigenden Kapitalismus wirtschaftlichen Störungen schimmlicher Art führen würden. Vorbeugend gilt für das Reich und ebenso jetzt stattfindende Landtagswahl zu einer größeren Kapitalisierung des Landtags führen, wodurch nur noch zwei Stimmen daran — sicher wäre. Wendete sich im nächsten Landtag dann einmal die Parteikonstellation, dann wäre jederzeit die Möglichkeit vorhanden, die besonders für uns so bedeutungsvollen Paragraphen der Verfassung ohne weiteres zu ändern oder zu beseitigen. Wir glauben, daß auch der Vorstand des Gemeindebundes Langförden das nicht will.

Insele Reier werden uns weiter recht geben, wenn wir sagen, daß die Deutsche Volkspartei als reine Oppositionspartei Anträge stellen kann, die das Zentrum, das als Regierungspartei auch Verpflichtungen hat, die die Deutsche Volkspartei nicht hat, nicht ohne weiteres unterstützen kann. Weiter wäre der Antrag der Deutschen Volkspartei auch abgelehnt worden, wenn das Zentrum, was aber nicht möglich war, für ihn eingetreten wäre; denn die Birke hätte nur allein angenommen.

Von Seiten der Landesversammlung ist ein Antrag auf Bestimmung darüber, ob die Verfassung im Landtag weiter tagen soll, bisher nicht gestellt, auch nicht von der Deutschen Volkspartei. Eine Volksabstimmung z. B. über die Änderung des § 94 der Verfassung würde aber unter den vorliegenden Umständen, da Zweidrittelmehrheit zur Änderung der Verfassung nötig ist, und Sozialdemokraten und Demokraten gegen die Änderung sind, keine Revision des Beschlusses herbeiführen können.

Gegenüber der Bemerkung der Zuschrift, daß die Interessen der Landwirtschaft bei der jetzigen Zusammenfassung der Zentrumsfraktion offensichtlich nicht gewahrt wären, wollen wir nur anführen, daß von den 10 Mitgliedern der Zentrumsfraktion in der Provinz Oldenburg 5 als Vertreter der Landwirtschaft gemächt sind. Wir müßten an den Vorstand des Gemeindebundes Langförden die Frage richten, ob er unter erst.

8 Abgeordneten, die das Zentrum bei einer jetzigen Neuwahl erhalten würde, eine noch bessere Vertretung erhalten könnte als jetzt mit 5 Abgeordneten? Alle einseitigen Zentrumsentscheidungen darauf die richtige Antwort geben können. Zum Schluß wollen wir bemerken, daß nach obersten Urteilen aus Langförden, dort wie überall im ganzen Münsterlande, die ganz überwiegende Mehrheit mit dem Standpunkt der Zentrumsfraktion voll und ganz einverstanden ist. Wir müßten also stark beweisen, daß der Vorstand des Gemeindebundes Langförden sich mit der Zuschrift in Uebereinstimmung mit der Mehrheit der Mitglieder befindet.

Die Neubildung der Regierung.

Die Landesversammlung wird sich in einer Freitag nachmittag stattfindenden Sitzung die Regierungsbildung bezug. die Wahl der Minister vornehmen.

Erhaltung der Großherzoglichen Gemäldergalerie?

Von Stadtholtenburger Kreisen wird mit allen Mitteln versucht, die der Gefahr des Verlustes angeht des Standpunktes der Verhandlungen mit dem Großherzog angelegte wertvolle Gemäldergalerie für Stadt und Land zu erhalten. In einer Eingabe des Stadtholtenburger Kreises, die unterfertigt vom Stadtmagistrat Oldenburg, wird von kulturellem, ideellem und wirtschaftlichem Standpunkte aus der etwaige Verlust der Galerie betrachtet und an den Landtag die bringende Bitte gerichtet, alles zu tun, um dem Lande die herrlichen Kunstschätze zu erhalten. Auch ist schnell handeln nötig, da, wie wir erfahren, eine bekannte Berliner Kunstgroßhandlung sich bereits um den Ankauf bemüht. Gewiß sind auch alle Parteien des Landtages sich in dem Sinne einig, die Galerie möglichst dem Lande zu erhalten. Der Weg zu diesem Ziele ist aber schwierig, denn eine Übernahme der Galerie auf den Staat für den geschätzten Wert von 6,12 Millionen bedeutet ein beträchtliches Opfer seitens des Landes. Wenn hier ein Mittelweg gefunden werden könnte, in der Weise vielleicht, daß 50- bis 100 000 Mark jährlich dem Großherzog für die Unterhaltung der Galerie auf den Staat gegeben würden, und daß diese jährliche Summe gleichzeitig als Abtragung auf die Kaufsumme dienen könnte, so würden wir uns damit einverstanden erklären können. Vielleicht würde auch die Stadt Oldenburg als am stärksten an der Erhaltung der Galerie interessierte Stelle ein solches tun. Das Interesse des platten Landes für die Galerie ist eben nicht groß.

Aus demoldenburg. Münsterlande.

Besta, 21. Juni.

Auch die Fronleichnam-Procession wurde in diesem Jahre von sonnigem Wetter begünstigt. Unter größter Beteiligung bewegte sich der gewaltige Zug durch die seit Jahrzehnten für Fronleichnam festgelegten Straßen der Stadt, die natürlich wie am Christi Himmelfahrtstage aus reichlich musterhaft, namentlich auch bei den Frauen, wo sich alle gern den Anordnungen der Ordner fügten. Prächtig gefiel allen das Orgelspiel in der Klosterkirche, namentlich beim Auszuge aus der Kirche.

Reuebündnis. Uns Anlaß des Patronfestes (St. Johannes, 24. Juni) findet am nächsten Sonntag, nachmittags 4 Uhr, eine Kreisbündnis-Landtag (mit Predigt) in der Pfarrkirche statt. Am folgenden Sonntag ist gemeinschaftliche Kommunikation der Mitglieder.

E. Lohne, 20. Juni. Das hohe Fronleichnamfest wurde hier in sehr erhabener und feierlicher Weise begangen. Die Ausübung des Prozessionsweges war eine herrliche. Der Gesangverein unter Leitung des tüchtigen Dirigenten, des Herrn Lehrers Emke, verführte wesentlich die Feier durch Vortrag einer beststimmigen Messe im Hochamt und mehrere kleinere Lieder bei der Prozession. Die man hört, soll im nächsten Jahre bei der Prozession Aufnahmegelegenheit sein. Leider vermißt man an hohen Festtagen der früher so prächtigen Gärten, welche uns der einstige Krater genossen hat. Doch wird jetzt für neue Gärten kollektiv, jedoch wir hoffentlich recht bald wieder ein festliches Gärten haben.

Damme, 19. Juni. Die heutige hier abgehaltene Fronleichnamprozession nahm einen schönen Verlauf. In wirklich merkwürdiger Weise hatten die Orsengefessenen Häuser und Straßen geschmückt. Besonders merkwürdliche Ordre waren errichtet. Ließ auch Anfangs die Ordnung etwas zu wünschen übrig, so trug hieran wohl die Schuld die große Teilnahme, wie man sie in den Kriegsjahren nicht gewohnt war. Anstoß erregten jedoch einige Herren, die sich fast ständig halblaut unterhielten. Es ist unerwünscht, daß Herren, die eine führende Stellung einnehmen, oder einnehmen möchten, ein derartiges Verhalten zur Schau tragen. Beherzigen mögen sich besonders solche Herren die Worte: Schlechte Beispiele verderben gute Sitten.

Reuenkirchen i. D., 19. Juni. Am Sonntag, dem 29. d. Mts. beabsichtigt der hiesige Gemeindefest, vorausgesetzt, daß die Verhältnisse einen Anlaß geben zu veranstalten einer Mitwirkung der Konzeptionskirche Herrin Müller-Heinrichsen und seiner Frau Gemahlin aus Bremen, im Saale des Herrn Steiner. In Geßr kommen anher Solowigänger und Lieder des Chors des Oratorium „Erlänkung Tochter“ von E. B. Gade. Der Ertrag ist für das geplante Krankenhaus in Reuenkirchen bestimmt Anfang 7 Uhr.

Cappeln, 19. Juni. Der Eigener Hof. Kaiser ist als Abgeordneter für die Gemeinde Cappeln verpflichtet worden.

Clappenburg, 19. Juni. In einer Eingabe an den Landtag betreffend Urlaubswünsche an

Brotarten-Ausgabe

am Sonnabend, dem 21. Juni, morgens von 9-12 Uhr und nachmittags von 4-7 Uhr im Gefellenhause. Die Selbstverfeger haben die Wahlarten mitzubringen. Ohne Vollmacht werden Karten für andere nicht abgegeben.
Bestia, den 20. Juni 1919.
Stadtmagistrat.

Preussische Südd. Klassen-Lotterie.
Die neuen Lose sind eingetroffen und zu haben, auch unter Nachnahme.

1/2	1/4	1/2	1/1
M. 5.25	10.50	21	42
26.50	52.50	105	210

pr. Klasse, mit/in für alle 5 Klassen.
Otto Wulff, amtl. Vert.-Einnahmer.
In Bestia: Ed. Hegel, in Lohne: M. Kömann, in Bönningen: Ferd. Felthaus, Vert.

Kriegerverein Vechta.

Infolge der neuen reichsgesetzlichen Regelung der Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge sowie des neuen Spruchverfahrens in Militärverordnungsangelegenheiten ist die schleunige Feststellung der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen unbedingt erforderlich. Es werden die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen (Kriegervwitwen pp.) erucht, sich anzumelden. Die Anmeldung muß spätestens bis zum Sonnabend, den 21. Juni, abends 8 Uhr bei Schriftführer Wille erfolgen.
Der Vorstand.

Kleinbahn Vechta-Cloppenburg.

Aus Anlaß des Pferderennens in Cloppenburg am 22. d. Mts. wird der Sonntagszug 3a (Vechta-Schwichteler) an diesem Tage bis Cloppenburg durchgeführt wie folgt:
Ab Vechta 12⁰⁰, ab Daren 12²⁰, ab Bahum 12⁴⁰, ab Bestrup 12⁵⁰, ab Schwichteler 12⁵⁰, ab Sappeln 1⁰⁰, ab Emsfel 1¹⁰, an Cloppenburg 1⁰⁰.
Der Zug 4a (Schwichteler-Vechta) verkehrt wie folgt: ab Cloppenburg 1⁰⁰, ab Emsfel 2⁰⁰, ab Sappeln 2¹⁰, ab Schwichteler 2¹⁰, ab Bestrup 2²⁰, ab Bahum 2³⁰, ab Daren 2⁴⁰, an Vechta 2⁴⁰.
Der Zug 6, ab Cloppenburg 9⁰⁰ abends, fährt von allen Stationen 1/2 Stunde später ab, mit/in ab Cloppenburg 9³⁰, an Vechta 10⁰⁰.
Betriebsleitung.

Gras-Verkauf.

Lehrer Beckmann in Bergseine läßt am Montag, dem 23. Juni, nachm. 6 Uhr, das Gras in seinen Wiesen verkaufen, wozu einladet
Damme. Friz Börger.

Gras-Verkauf.

Kaufmann J. Bartel in Damme läßt am Montag, dem 23. Juni, abends 8 Uhr, das Gras in seiner Wiese verkaufen, wozu einladet
Damme. Friz Börger.

Habe Sonnabend und Sonntag großen Transport große und kleine

Pferde



zu verkaufen und zu vertauschen. Auch habe ich mehrere beste, junge 2- und 3 jährige eingetragene Stuten zu verkaufen.
Wildeshausen. S. Renberg.

Gras-Verkauf.

Wächter Franz Westerkamp, Stutenborg, läßt am Dienstag, dem 1. Juli, vormittags 8 Uhr 150 Sch.-S. gedüngtes Gras, eventuell mit Nachgras, belegen an der Vechtaer Markt, öffentlich meistbietend verkaufen. Versammlung bei Aug. Hohnhorst.
Bestia, 20. Juni 1919.
Herm. Bröring, Vert.

Gras-Verkauf.

Am Dienstag, 24. Juni, 4 Uhr nachmittags, läßt der Guts-pächter Pellengahr zu Hagen wegen Aufgabe der Pachtung 60 Scheffelsaat Gras öffentlich meistbietend auf Zahlungsfrist verkaufen. Versammlung in der Wiese am Hagenener Bahnhof. Käufer ladet ein.
Vechta. F. Menke.

Am Sonntag, dem 22. Juni,

Eisenbahner-Sommerfest

auf dem Schützenplatz in den südlichen Lannen bei Bestia.

Programm:

Nachm. 3/4 Uhr: Umarsch unter Vorantritt der Musikkapelle vom Vereinslokal (Welchers).
Von 4-7 Uhr: **Konzert.**
Hierauf:

grosser Festball.

Karussell und Schießbude auf dem Plage.
Eintritt 50 Pfg. Kinder unter 14 Jahren haben freien Zutritt.
Zu zahlreichem Besuch ladet freundlich ein
Der Festausschuss.
Zu obigem Fest habe ich die Wirtschaft übernommen und bitte um geeigneten Zuspruch.
August Iwenhövel.



Oldenburger Hof.

Sonntag, den 22. Juni,

Großer Ball

Anfang 6 Uhr. Hierzu ladet ein
Vechta. Schäfers.

Sonntag, den 22. Juni,

grosses

Sommerfest

in

:: Fladderlohausen ::

Militär-Garten-Konzert

ausgeführt von der Kapelle des Inf.-Regim. 28 verbunden mit

lustiger Karussellfahrt, Schiess- u. Schaubuden.

Bei ungünstiger Witterung behagliche Räume und großes Zel.
- Garderobe, Fahrrad- und Wagenstand. -
Es ladet ein
J. H. Bornhorst.

Dinklager Lichtspiele.

Am Sonntag, dem 22. Juni, abends 8 1/2 Uhr:

Das Glück der Frau Beate.

Schauspiel in 4 Akten

Die Müller's.

Film-Schwank in 2 Akten

Harry als Wachsfigur.

Lustspiel in 2 Akten.

— Sonntag, den 22. d. M., —

Kirmess (Lutter Birse).

— Montag, den 23. d. M., —

Tanz-Musik

bei Surmann, Anfang 4 Uhr.

Mehrere Kirmessfreunde.

Abtanzball

Am Sonntag, dem 22. Juni,

Abtanzball in Neuenkirchen bei Herrn H. Stefener. Anfang der Volo-naille 6 Uhr. Es ladet freundlich ein
Wienholt. Stefener.

Verreist

bis 16. Juli.

Dr. Theding, Oldenburg Spezialarzt für Hautkrankheiten u. Strahlenbehandlg.

Tabak-Pflanzen

zu verkaufen.
Südbel. Bestia, Kronenstr. 17.

Sin gut erhaltener Stuhlwagen

mit Klappbod steht zu verkaufen.
H. Kammacher, Diepholz, Stelmachermeister.

Auf nach Lohne!
Cirkus V arieté Blumenfeld
ist eingetroffen u. gibt am Sonnabend abends 8 Uhr seine Eröffnungsvorstellung auf dem Schützenplatz. Sonntag: 2 Vorstellungen. Nachmittags 4 Uhr Kinder- und Familien-Vorstellung. Abends 8 Uhr Haupt-Vorstellung. Hierzu ladet ein

Verloren ein Portemonnaie

mit Inhalt und 2 Ringen, vielleicht in der Bahn von Neuenkirchen nach Lohne. Gegen gute Belohnung abzugeben an
Jof. Kamping, Lohne, Bahmstr. 24.

Sie mit zur Nachricht, daß ich von heute an keine Fußarbeiten mehr verrichte.

Neubauer B. Rittinghaus, Lohne.

Achtung! Mühlen. Achtung!

Am Sonntag, dem 22. Juni, nachm. 5 Uhr

Bersammlung

bei Gastwirt G. Nordhölme zwecks „Gründung eines Schützenvereins“. Am zahlreiches Erscheinen wird gebeten.
Die Einberufer.

Meine Zahnpraxis

bleibt wegen Trauerfalls am Sonnabend

geschlossen.

Lohne i. O. Burkhardt, Lindenstr. 3.

Kreuzbündnis, Ortsgruppe Vechta.

Die Beerdigung unseres verstorbenen Mitgliedes,

Frau Hermann Vormoor

findet am Samstag, 21. Juni, morgens 10 Uhr statt. Die Mitglieder wollen sich zahlreich beteiligen. Eine hl. Messe für die Verstorbene findet statt am 23. Juni, morgens 7 1/2 Uhr.

Für die Verstorbene Frau Kojemeyer wird eine hl. Messe gelesen am 27. Juni, morgens 7 1/2 Uhr.

Todes-Anzeige.



Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, heute nachmittags 3 1/2 Uhr meine liebe Frau, unsere herzengute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante,

die Ehefrau

Maria fl. Brüning

geb. Schulte

im 60. Lebensjahre zu sich in die Ewigkeit abzurufen. Sie starb nach einer heftigen Krankheit, wohl vorbereitet durch einen echt christlichen Lebenswandel

Um ein andächtiges Gebet für die liebe Verstorbene bitten

Die trauernden Angehörigen.

Brochhof, den 19. Juni 1919.

Die Beerdigung findet statt am Montag, dem 23. Juni, morgens 9 1/2 Uhr in Lohne.

Sollte jemand aus Versehen keine besondere Nachricht erhalten haben, so bitten wir diese als solche ansetzen zu wollen.

Todes-Anzeige.



Heute Abend 9 1/2 Uhr entschlief nach langer Krankheit, mehrmals versehen mit dem hl. Sterbesakramenten, eines sanften Todes unsere liebe Mutter, Groß- und Großmutter, die Hofbesitzerin

Ww. Lilette gr. Darrelmann

geb. Belebrod,

im 82. Lebensjahre.

Die Seele der lieben Verstorbenen wird dem Gebete der Gläubigen und der Priester am Altare empfohlen.

Darrel, Einhaus, Ahausen, Bartmannsholte und Essen i. O., den 19. Juni 1919.

Paula gr. Darrelmann, Bertha Einhaus, geb. gr. Darrelmann, Josepha Erone-Münzbrock, geb. gr. Darrelmann, Otto gr. Darrelmann, Eleonore gr. Darrelmann, geb. Erone-Münzbrock, Aug. Meyer, Richard Erone-Münzbrock nebst 14 Enkelkindern und 1 Urenkel.

Beerdigung am Montag, dem 23. Juni, vorm. 10 1/4 Uhr auf dem Friedhofe zu Essen i. O.

Todes-Anzeige.



Dem Herrn über Leben und Tod hat es gefallen, heute morgen 10 Uhr meine innigstgeliebte Frau, meiner 5 Kinder treuversorgende Mutter

Maria Schumacher

geb. Oberbing

zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Sie starb nach kurzer, heftiger Krankheit, wohl versehen mit den Tröstungen unserer hl. Religion, im 33. Lebensjahre.

Dies zeigt an mit der Bitte, der teuren Verstorbenen ein Gebete zu gedenken.

Der trauernde Gatte und Kinder.

Dintlage, den 18. Juni 1919.

Die Beerdigung findet am Samstag, dem 21. d. M., morgens 9 Uhr vom Kranzengarten in Dintlage aus statt, wozu Verwandte und Bekannte eingeladen werden.

Sollt jemand aus Versehen keine besondere Nachricht erhalten haben, so bitten wir diese als solche ansetzen zu wollen.